
„Armut“ und „Reichtum“ im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

2

Schon bei der Bildung einer neuerlichen Großen Koalition wäre es nötig gewesen, die soziale Polarisierung in Deutschland zu thematisieren und ihr anschließend mittels geeigneter Reformen zu begegnen. CDU, CSU und SPD zeigten für das Kardinalproblem unserer Gesellschaft jedoch überhaupt keine Sensibilität. Vielmehr kommt das Wort „Reichtum“ im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode auf 185 Seiten nur als „Ideenreichtum“ bzw. als „Naturreichtum“ und der Begriff „Vermögen“ nur als „Durchhaltevermögen“ bzw. im Zusammenhang mit der Vermögensabschöpfung bei Kriminellen vor.¹

„Armut“ taucht zwar insgesamt 10-mal im Koalitionsvertrag auf, größtenteils aber missverständlich oder in einem fragwürdigen Zusammenhang. Auf Seite 10 firmiert das Motto „Altersarmut verhindern – Lebensleistung würdigen“ als Zwischenüberschrift zur Rentenpolitik der künftigen Regierungskoalition. Darunter heißt es, die sozialen Sicherungssysteme, auf die sich die Menschen in unserem Land verlassen können müssten, schützen vor Armut und seien Ausdruck des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Beide Formulierungen legen den Schluss nahe, dass Altersarmut in Deutschland (noch) nicht existiert, denn von der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung, Verringerung oder Beseitigung ist nirgends die Rede.

Später erklären CDU, CSU und SPD: „Die Koalition will den Kampf gegen Bildungsarmut fortsetzen und intensivieren“ (S. 33). Während von Kinder- und Jugendarmut an keiner Stelle die Rede ist, erscheint der Begriff „Bildungsarmut“, mit dem im Koalitionsvertrag die Alphabetisierungsbemühungen von Bund und Ländern begründet werden, insofern problematisch, als er zur Verwechslung von Ursache und Wirkung geradezu einlädt. Trotz verbreiteter Vorurteile sind Menschen nicht wegen mangelnder Bildung arm (11 % der Beschäftigten im Niedriglohnssektor verfügen über einen Hochschulabschluss), sondern Armut führt zu

¹ Vgl. dazu und zum Folgenden: CDU Deutschlands, CSU-Landesleitung und SPD (2013).

ihrer Benachteiligung im Bildungsbereich. Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbchancen, wirkt sich aber kaum nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist oder Kapital besitzt. Pointiert ausgedrückt: Armut macht zwar dumm, Dummheit indes noch lange nicht arm.

Dem hierzulande vorherrschenden Armutsverständnis gemäß wird das besagte Phänomen hauptsächlich mit der sog. Dritten Welt in Verbindung gebracht. Nicht weniger als 4-mal taucht Armut in diesem Zusammenhang auf, der jedoch verdeckt, dass sie in einem reichen Land wie der Bundesrepublik – wenn auch in anderer, weniger drastisch und dramatisch wirkender Form – gleichfalls existiert und für die davon Betroffenen hier sogar erniedrigender, demütigender und demoralisierender sein kann. Auf S. 34 werden Forschung und Forschungskooperation (besonders mit Afrika) als Instrumente genannt, mit denen der „Teufelskreis von Armut und Krankheit in Entwicklungsländern“ durchbrochen werden könne. Folgerichtig setzen CDU, CSU und SPD sich für „nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung“ (S. 168) dortselbst ein. Ziel der großkoalitionären Entwicklungspolitik sei es, „auf der Grundlage unserer Werte und Interessen (!?) weltweit Hunger und Armut zu überwinden“ (S. 180). In den ärmsten Ländern der Erde sollen die Anstrengungen zur „Überwindung von Hunger und Armut“ (S. 182) verstärkt werden.

Gleich 3-mal wird (auf S. 108) im Koalitionsvertrag das Wort „Armutswanderung“ bzw. „Armutsmigration“ verwendet. Gemeint sind Bulgaren und Rumänen, denen man eine „ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen“ vorwirft, wodurch deutsche Kommunen übermäßig belastet würden. Auch wenn die sozialen Problemlagen einzelner Großstädte, etwa Mannheims, Duisburgs und Dortmunds, bei der Unterbringung, Existenzsicherung, Gesundheitsversorgung und Integration treffend beschrieben werden, leistete der Koalitionsvertrag rassistischen Ressentiments dadurch Vorschub, dass er der „Migration in die sozialen Sicherungssysteme“ entgegentrat, ohne Not und Elend der Herkunftsländer zu erwähnen und zu berücksichtigen, dass die Mehrheit der zugewanderten EU-Bürger/innen teilweise hoch qualifizierte Arbeitskräfte in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sind. Wer von Elendsmigration in diffamierender Absicht spricht, sollte von der für das Aufnahmeland profitablen Elitenmigration aber nicht schweigen!

Glaubt man dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, gibt es in Deutschland gar keine Armut. Vielmehr existiert diese offenbar nur außerhalb unserer westeuropäischen Wohlstandsinsel, es sei denn, sie wird durch Zuwanderer rechtswidrig importiert. Dabei exportiert Deutschland die Armut eher: Durch sein Lohndumping und auf diese Weise drastisch steigende Leistungsbilanzüberschüsse

hat es wirtschaftliche Ungleichgewichte erzeugt, die Staaten der südlichen EU-Peripherie veranlassten, ihre wachsenden Importe über Kredite zu finanzieren.² So entstand jene „Staatsschuldenkrise“, die seither durch sog. Rettungsschirme mehr verwaltet als gelöst wird. Die an Weimar erinnernde, von der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF oktroyierte Austeritätspolitik hat die Arbeitslosen- und Armutsquoten der sog. Krisenländer nach oben getrieben. Dass es allein in der griechischen Hauptstadt Athen heute mehr Obdachlose als in ganz Deutschland gibt, haben seine Regierungen und Kanzlerin Angela Merkel ebenso mit zu verantworten wie die ökonomische Unwucht, deren soziale Folgen sie durch Abschottung gegenüber Migrant(inn)en von der Bundesrepublik fernzuhalten suchen.

Mit dem im Koalitionsvertrag auch von der bisher größten Oppositionspartei bestätigten Merkel-Mantra „Keine Steuererhöhungen – für niemand!“ wird die im 4. Armuts- und Reichtumsbericht der schwarz-gelben Koalition wenigstens noch eingeräumte Verteilungsschieflage akzeptiert und das Auseinanderfallen der Gesellschaft forciert. Selbst der Mindestlohn, dessen flächendeckende Einführung die Großkoalitionäre auf Drängen der SPD vereinbart hatten, stand für sie keineswegs im Kontext der Armutsbekämpfung, obwohl der ausufernde Niedriglohnsektor das Haupteinfallstor für heutige Erwerbs- und künftige Altersarmut bildet.

² Vgl. van Treeck (2014, S. 25 f.).



<http://www.springer.com/978-3-658-11453-4>

Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung
Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der
Großen Koalition

Butterwegge, C.

2016, X, 45 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11453-4